

Newsletter „Bedrängte und verfolgte Christen“ Juli 2019

Verantwortlich: Pfr. i.R. Ernst Herbert
vom „Ökumenischen Arbeitskreis Religionsfreiheit“ Neumarkt i.d.OPf.
Badstraße 17 b, 92318 Neumarkt – Tel. 09181/254162
eg.herbert@t-online.de



PAKISTAN - Religiöse Minderheiten wenden sich mit einer Zehn-Punkte-Resolution an den Premierminister

Karachi (Fides) - „Wir sind unserer geliebten Heimat Pakistan treu. Wir sind keine Fremden: Unsere Kirchen, religiösen Institutionen, Krankenhäuser und Bürogebäude tragen die Flagge Pakistans. Wir leben seit Jahrhunderten in diesem Land, lange bevor Pakistan gegründet wurde, und wir dienen mit Ehrlichkeit und Hingabe dem Wohl des Landes“, bekräftigt Pfarrer Saleh Diego, Generalvikar der Erzdiözese Karatschi und Diözesandirektor der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, unter Hinweis auf die wichtigsten Probleme und Herausforderungen, denen sich religiöse Minderheiten in Pakistan. Der damalige Minderheitenminister Shahbaz Bhatti, der am 2. März 2011 ermordet wurde, hatte im Jahr 2010 einen besonderen Tag der Minderheiten eingeführt, der seither am 11. August gefeiert wird.

"Das Christentum existiert in dieser Region seit dem ersten Jahrhundert“, so der Generalvikar weiter, „als der heilige Thomas, einer der Apostel Jesu, auf den indischen Subkontinent kam. Wir sind zu 100% Söhne und Töchter dieses Landes; Wir sollten nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt werden."

Die katholische Anwältin Tabbasum Yousaf betont: "Wir leisten als Angehörige religiöser Minderheiten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung Pakistans. Wir müssen uns dabei auch auf Fragen konzentrieren, die unsere Freiheit, unsere grundlegenden Menschenrechte und gegenüber Angehörigen religiöser Minderheiten existierende Vorurteile und Diskriminierungen betreffen, vor allem Zwangsbekehrungen von Frauen religiöser Minderheiten".

Die Anwältin legt eine gemeinsame Zehn-Punkte-Resolution vor, die von Vertretern verschiedener Glaubensrichtungen (Christen, Hindus, Sikhs und andere) unterzeichnet wurde und an den pakistanischen Ministerpräsidenten und andere Institutionen gerichtet ist. Unter den im Text geforderten Maßnahmen ist unter anderen die Erhöhung des Mindestalters für die Eheschließung von Mädchen auf 18 Jahre, die Einrichtung eines Bundesministers für religiöse Minderheiten, die Umsetzung der Quote von 5% für Studierende religiöser Minderheiten bei der Vergabe nationaler und internationaler Stipendien, angemessener Schutz der Kultstätten religiöser Minderheiten, Zuschüsse für Sicherheit, Verwaltung und Instandhaltung der Schulen von Minderheiten, geeignete Gesetze, um Diskriminierung auf religiöser Basis mit Bezug auf den Blasphemieparagrafen am Arbeitsplatz, in Schulen und in der Gesellschaft zu vermeiden, Maßnahmen zur Bekämpfung von Entführungen, sexueller Gewalt und Zwangskonvertierungen von Frauen aus religiösen Minderheiten und Gesetze, um dem Phänomen entgegenzuwirken. Grundlegend, so heißt es in dem Dokument, sei die Beseitigung von Hassreden aus allen Büchern sowie aus schulischen und außerschulischen Medien.

Majida Rizvi, die erste Richterin am Obersten Gerichtshof Pakistans und Mitglied der Nationalen Kommission für die Rechtsstellung der Frau, kommentierte die aktuelle Situation wie folgt: "Zur Zeit der Gründung Pakistans sicherte der pakistanische Gründer Mohammad Ali Jinnah zu, dass Gleichberechtigung, Freiheit und Gerechtigkeit für religiöse Minderheiten in Pakistan gelten sollte. Angehörige religiöser Minderheiten trugen zur Gründung und Entwicklung Pakistans bei; sie haben sich als echte Bürger Pakistans erwiesen“.

Sheema Kirmani, eine bekannte muslimische Menschenrechtsaktivistin, sagt: "Alle pakistanischen Bürger sind gleich. Das Konzept, eine Person auf der Grundlage von Mehrheits- oder Minderheitskriterien zu betrachten, sollte vermieden werden. Wir müssen diesbezüglich auch die Terminologie ändern und erklären, dass Pakistan ein Land mit Menschen verschiedener Religionen ist. Es sollte keine religiösen Spaltungen oder Diskriminierungen geben." Ghazala Shafiq, eine christliche Aktivistin für Frauenrechte, sagt: "Es ist traurig, dass in diesem Land die Verfassung Pakistans es Nicht-Muslimen nicht erlaubt, die Ämter des Präsidenten, Premierministers, Chefs des Armee oder eine andere Spitzenposition zu bekleiden. Darüber hinaus nehmen Zwangskonvertierungen von Frauen, die Minderheiten angehören, zu: Sie sollten gestoppt und streng bestraft werden“.

(AG) (Fides 19/8/2019)